



Wir haben es aktuell mit vielen Baustellen zu tun: Klimapolitik, Energiesicherheit, Verteidigung, Renten ... Frau Professor Grimm, was müssen wir zuerst anpacken – und wo sehen Sie Zielkonflikte?
Tatsächlich stehen wir vor großen Aufgaben. Aber wir können vielfach auch Synergien nutzen, um sie zu lösen – etwa bei der Energieversorgung.

Wie funktioniert das?

Indem wir uns beispielsweise um Handelspartner bemühen, die neben Energie – also grünem Wasserstoff und darauf basierenden Energieträgern – auch Rohstoffe liefern. Außerdem lassen sich mit dem zukünftigen »grünen Energiehandel« entwicklungspolitische Ziele verbinden. Wir könnten vielen Entwicklungs- und Schwellenländern ermöglichen, im globalen Energiehandel mitzuspielen. Und Energiepolitik ist schließlich auch Industriepolitik: Wenn wir bis 2030 die Versorgung mit ausreichend erneuerbarer Energie sicherstellen, können wir die Abwanderung der Industrie aus Deutschland bremsen. Denn die Investitionen von energieintensiven Unternehmen hängen stark davon ab, ob deren Entscheider erwarten, dass genügend klimafreundliche Energieträger verfügbar sein werden.

»Mehr Geld reicht nicht – wir müssen es besser machen!«

Fortschritt braucht Veränderung – aber welcher Transformationspfad ist der richtige, welcher führt in eine Sackgasse? Darüber sprachen RHI-Geschäftsführer Dr. Martin Lang und Prof. Dr. Veronika Grimm, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, bei der elften Verleihung des Roman Herzog Forschungspreises.

Bei der Energiebeschaffung stehen wir auch vor geopolitischen Hürden: Weltweit nimmt die Zahl der autokratisch regierten Staaten zu. Wie soll der Westen darauf reagieren?

Vor allem müssen wir Abhängigkeiten abbauen. Die Gaslieferungen aus Russland sind zwar gestoppt, doch die Abhängigkeit von China im Außenhandel ist nach wie vor hoch. Statt die Bande mit aktuellen Partnern zu kappen, sollten wir mit möglichst vielen Staaten neue Handelspartnerschaften knüpfen – oder auch



Wir müssen bis 2030 die Versorgung mit erneuerbarer Energie sicherstellen, um die Deindustrialisierung zu stoppen.



bestehende stärken. Dazu gibt es gute Möglichkeiten. Zum Beispiel werden wir in den kommenden Jahren in großem Umfang auf Importe von erneuerbarer Energie angewiesen sein. Das Prinzip heißt also nicht »aussteigen«, sondern »einsteigen« und dadurch diversifizieren. Der Umstieg auf erneuerbare Energien erlaubt uns, für mehr Ausgewogenheit und Nachhaltigkeit in der Energiebeschaffung sorgen.

In puncto Nachhaltigkeit gibt es auch Handlungsbedarf bei unserem Rentensystem. Welche Anpassungen halten Sie für nötig?

Der entscheidende Baustein für einen nachhaltigen Umbau der gesetzlichen Rente ist die Kopplung des Renteneintrittsalters an die fernere Lebenserwartung. Dann bliebe das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentenempfängern in etwa konstant. Das ist auch keine so große Bürde, wie oft behauptet wird, weil die fernere Lebenserwartung ja nicht rasant ansteigt.

Haben Sie noch weitere Reformvorschläge für die gesetzliche Rentenversicherung?

Wir sollten Rentenerhöhungen an der Teuerungsrate orientieren statt an der Lohnentwicklung. Dann steigen die Renten zwar langsamer, aber die Preissteigerungen werden trotzdem aufgefangen. Wichtig wäre aber vor allem, parallel zum bestehenden Umlagesystem eine funktionsfähige kapitalgedeckte Alterssicherung zu etablieren.

So wie es das Rentenpaket II der Bundesregierung mit dem »Generationenkapital« vorsieht?

Dieses Konzept halte ich nicht für sinnvoll, weil schuldenbasiert angespart wird, um die gesetzliche Rentenversicherung sozusagen in homöopathischen Dosen zu entlasten. Das Verfahren bietet zudem keinerlei Lerneffekte für die Versicherten: Sie selbst können nicht mitverfolgen, wie ertragreich und attraktiv die kapitalgedeckte Altersvorsorge für sie ist. Stattdessen sollte man mit individualisierten Konten arbeiten und die Menschen schon früh daran gewöhnen, selbst Kapital für ihre Alterssicherung anzusparen. Damit kann man schon in der Schule beginnen.

Das Stichwort »Schule« bringt uns zum Thema Bildung. Eine bessere finanzielle Ausstattung der Schulen und Universitäten wird immer wieder gefordert. Aber ist der Bildungsnotstand allein durch mehr Geld zu beheben?

Das ist mir zu simpel gedacht – wir müssen es auch besser machen! In den Schulen treffen heute Kinder und Jugendliche mit völlig unterschiedlichen sozialen und kulturellen Hintergründen aufeinander. Unser Anspruch muss sein, allen die gleiche Chance auf Bildung zu bieten. Dazu gehört, dass die Betreuung nach dem Unterricht allen Kindern, insbesondere auch den benachteiligten, Chancen eröffnet: über Freizeitangebote und gute Betreuung bei den Hausaufgaben etwa. Eine bessere Kinderbetreuung ist darüber hinaus auch eine Stellschraube, mit der man den hohen Anteil von Teilzeitarbeit bei Frauen senken könnte.



Wir brauchen Wachstum. Mit »Degrowth« können wir wichtige politische und gesellschaftliche Ziele nicht erreichen.



Das käme der wirtschaftlichen Entwicklung zweifellos zugute. Kritiker halten dagegen, dass Wachstum nicht zwingend nötig sei für ein gutes Leben ...

Das ist naiv. Ohne Wachstum sinken die Steuereinnahmen, wir hätten Probleme, die sozialen Sicherungssysteme aufrechtzuerhalten und zugleich die notwendigen Investitionen zu stemmen. Etwa beim Thema Verteidigung: Wie sollen wir verteidigungsfähig bleiben – oder erst einmal werden – in einer schrumpfenden Volkswirtschaft? Auch der Klimaschutz kostet Geld – und die Akzeptanz dafür würde sinken, wenn er mir realen Wohlstandseinbußen verbunden ist. Ein Degrowth-Pfad kann so letztlich unsere Demokratie gefährden, wenn die zunehmende Unzufriedenheit die extremen Ränder des politischen Spektrums stärkt.